

Mehr Liberalismus ist dringend angesagt (von Pierre Bessard, Direktor Liberales Institut)

Der Wirtschaftsliberalismus sei an der aktuellen Krise schuld. Nur staatliche Regulierung könne letztlich die "ungezähmte Profitgier" freier Wirtschaftsakteure eindämmen. So populär diese Ansicht auch sein mag, so falsch ist sie auch, denn sie beruht auf einer völlig verzerrten Wahrnehmung des gegenwärtigen Umfelds: Die Staatsquote als Anteil des Staatshaushaltes am Inlandsprodukt in den meisten Industrieländern liegt bei 40% bis 55%. Hinzu kommt, dass der Staat sich nicht nur durch kapitalzerfressende Zwangsabgaben in die Belange der Bürger einmischt, er spannt auch ein dichtes Netz der Regulierungen über ihre Aktivitäten - dies gilt insbesondere für die Finanzindustrie und die staatliche Geldproduktion.

Dieser Tatbestand zeigt, wie unreflektiert der Vorwurf einer krisenanfälligen liberalen Wirtschaftsordnung ist. Die Frage nach einer angemessenen Reaktion der Regierung stellt sich so neu: Nicht etwa noch mehr Regulierung, sondern endlich mehr Liberalisierung wäre die denkbare Form der Krisenbekämpfung und -prävention. Mehr Liberalismus heisst dabei keineswegs ein Mehr an "enthemmter Profitgier". Der Liberalismus beinhaltet klare Spielregeln, er basiert auf dem Schutz von Eigentumsrechten und untersagt jede Form von Aggression gegen eine Person und ihr Vermögen.

Zu Recht gilt der Liberalismus als die Philosophie der Zivilisation. Er basiert auf dem Respekt vor dem Gegenüber und er ersetzt den Zwang durch den friedlichen Tausch. Diesem humanistischen Denken verdankt die Menschheit die Renaissance, die Aufklärung, die industrielle Revolution und ihren darauf folgenden rasant gestiegenen Wohlstand.

Dem Liberalismus liegt die Erkenntnis zugrunde, dass jedes auf einem freien Markt verdiente Vermögen stets durch individuelle Initiative und Anstrengung geschaffen werden muss - selbst jeder Rohstoff erhält erst in den Händen der produktiven Individuen seinen Wert. Der Liberalismus begreift, dass sich der Mensch stets bemühen muss, um in einer Welt knapper Ressourcen materielle Wohlfahrt erfahren zu können.

Die Liberalen beschränken sich daher auf die Verteidigung jener Normen, die das Eigentum des Menschen an sich selbst und an den Früchten seiner Arbeit garantieren. Sie anerkennen, dass Freiheit die Voraussetzung wirkungsvoller Zusammenarbeit und Solidarität ist, dass sich individuelle Freiheit und wirtschaftliche Freiheit wechselseitig bedingen und den sozialen Zusammenhalt fördern.

Demnach ist die Marktwirtschaft kein nutzenorientierter Hintergedanke des Liberalismus, sondern steht für den freiwilligen Tausch, der die produktiven zwischenmenschlichen Beziehungen in einer freien Gesellschaft prägt. Der ungehinderte Austausch souveräner Individuen ist das wichtigste Fundament der lebendigen Zivilgesellschaft. Wer Tausch und Solidarität durch staatlichen Zwang ersetzt, zerstört die Grundlagen einer harmonischen Kooperation der Menschen.

Es sind also genau die staatlichen Eingriffe und Regulierungen, die eine liberale Wirtschaftsordnung angeblich "bändigen" oder "zivilisieren" wollen, die Chaos in die Harmonie des Marktes einführen. In halbstaatlichen Mischsystemen beruht persönlicher Wohlstand nicht mehr unbedingt auf dem Dienst am Nächsten, auf einem wechselseitig profitablen Tausch, sondern kann auch auf Privilegien, Monopole, Subventionen oder gesetzliche Protektion vor Wettbewerb zurückgeführt werden - mit allen Effizienzverlusten und Ungerechtigkeiten, die damit verbunden sind.

Auch die Forderung nach "besserer statt mehr" Regulierung ist naiv. Regulierung schafft immer falsche Sicherheit, sie funktioniert stets nur bei schönem Wetter, wie der Betrugsfall Madoff jüngst wieder gezeigt hat. Immer wieder scheitert sie daran, dass der Staat die Dynamik und Komplexität einer arbeitsteiligen Gesellschaft nicht überschauen kann. Eine zentrale Anstalt kann schlicht Millionen von aggregierten individuellen Entscheiden nicht sinnvoll "regulieren", das kann nur der freie Wettbewerb - hier sorgt sich jeder Marktteilnehmer um seinen guten Ruf und wird von seinen Mitmenschen kritisch beobachtet und beurteilt. Das Versagen unserer halbstaatlichen Mischsysteme verlangt also keinesfalls ein Mehr an Staat, Intervention und Regulierung. Im Gegenteil, eine Rückbesinnung auf die Vorzüge und Wirkungen eines konsequenten Liberalismus wäre dringend notwendig.